

ATOMWAFFEN

Widersprüchliche Trends

Zuerst die gute Nachricht: Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri hat bei der aktuellen Schätzung der weltweiten Atomwaffenbestände festgestellt, dass diese im Vergleich zum Vorjahr um 460 Sprengköpfe zurückgegangen sind.

Dann eine relativierende Nachricht: Der Rückgang beträgt weniger als drei Prozent, denn noch immer gibt es 14935 Atomwaffen auf der Welt. Die Reduktion geht ausschliesslich aufs Konto der USA und Russlands, die zusammen fast 93 Prozent aller atomaren Sprengköpfe besitzen und eigentlich durch einen bilateralen Vertrag verpflichtet sind, deutlich schneller abzurüsten.

Und schliesslich die schlechte Nachricht: Alle anderen rüsten auf. Also Britannien und Frankreich, vor allem aber China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Besonders die Regierungen der südasiatischen Erzfeinde in Delhi und Islamabad liefern sich ein exzessives Rüstungswettrennen. Nordkorea verfügt laut Sipri inzwischen über Spaltstoffe für bis zu zwanzig Atomsprengköpfe – letztes Jahr wies das Institut noch die Hälfte aus.

Selbst Russland und die USA scheinen vor allem das zu entsorgen, was ohnehin veraltet ist. Gleichzeitig bringen sie ihr verbliebenes Nukleararsenal auf den neusten Stand. Der frühere US-Präsident Barack Obama hatte ein Modernisierungsprogramm gestartet, das die US-SteuerzahlerInnen in den nächsten dreissig Jahren bis zu einer Billion Dollar kosten könnte. ExpertInnen gehen davon aus, dass Russlands Präsident Wladimir Putin zumindest mit den USA mithalten will. Zugleich war die Welt noch nie so nah an einer umfassenden Ächtung der nuklearen Aufrüstung: Diesen Freitag wollen zwei Drittel aller Uno-Mitgliedstaaten einen Vertragstext über ein vollständiges Verbot von Atomwaffen vorlegen. Doch wie die neun Nuklearstaaten dazu gebracht werden sollen, ihre Abrüstungspflichten zu erfüllen, ist eine andere Frage.

Die Schlussfolgerung des Sipri-Berichts fällt dementsprechend nüchtern aus: Trotz der Fortschritte auf der internationalen Verhandlungsebene schein keiner der betreffenden Staaten bereit zu sein, sein Atomwaffenarsenal in «absehbarer Zukunft» aufzugeben. Wirklich gute Nachrichten in Sachen Massenvernichtungswaffen dürften also noch einige Jahrzehnte auf sich warten lassen.

MARKUS SPÖRNDLI

MIGRATION

Hetze gegen Sea-Watch und Co.

Anlässlich eines Arbeitssessens am Sonntag in Paris haben die Innenminister Italiens, Frankreichs und Deutschlands sowie der EU-Flüchtlingskommissar ein Massnahmenpaket zur Eindämmung der Migration nach Italien beschlossen. Zuoberst auf dem betreffenden Pressecommuniqué wird die «Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für NGOs, die auf dem Mittelmeer im Einsatz sind», angekündigt.

Frank Dörner, Vorstand der NGO Sea-Watch, lehnt die Pläne aus Paris entschieden ab: Es gebe bereits einen Kodex, schreibt er auf der Website von Sea-Watch, nämlich das internationale Seerecht. In Gegensatz zur libyschen Küstenwache hielten die NGOs dieses auch ein. Anstatt weiter gegen private Rettungsinitiativen Stimmung zu machen, so Dörner weiter, täte die EU gut daran, ihre Finanzierung der libyschen Küstenwache an die Bedingung zu knüpfen, dass diese sich an das internationale Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention halte.

In der Tat scheinen PolitikerInnen und Medien seit Monaten fast schon eine Kampagne gegen die SeenotretterInnen im Mittelmeer zu führen. So kritisierte Frontex-Direktor Fabrice Leggeri im Februar die Rettungsteams von Sea-Watch oder Ärzte ohne Grenzen: Ihre Einsätze würden Schleuser dazu ermutigen, noch mehr MigrantInnen auf seeuntüchtige Boote zu zwingen. Die Rettungsteams gehören inzwischen quasi zum Geschäftsmodell der Schlepper. Im April wurde die Kriminalisierung der NGOs dann gewissermassen offiziell, indem der italienische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro den Rettungsteams Kollaboration mit Schleppern vorwarf. Beweise legte er bislang keine vor.

Dörners Konter, die EU lenke mit den Schuldzuweisungen bloss von ihrem politischen Versagen ab, fällt eigentlich milde aus: Dieses Jahr sind bereits über 2000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Den NGOs vorzuwerfen, sie machten es den MigrantInnen zu einfach, ist an Zynismus kaum zu überbieten.

ROMAN ENZLER

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Und plötzlich steht die Geheimpolizei vor der Tür

Während der kongolesische Präsident Joseph Kabila einfach nicht abtreten will, kämpfen junge AktivistInnen für politischen Wandel – trotz aller Repressionen des Regimes.

VON BETTINA RÜHL, NAIROBI (TEXT UND FOTOS)



Ein Anschluss für jeden gehört zu den Zielen der Lucha-AktivistInnen: Menschen aus der Millionenstadt Goma holen ihr Wasser aus dem Kivusee.

Luc Nkulula sitzt am Ufer des Kivusees im Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo, als er plötzlich ein Lied antimmt – ein Liebeslied mit dem Titel «Malaika». Nach wenigen Sekunden bricht der junge Jurist ab und erklärt: «Das Lied war früher sehr populär. Wir haben es allerdings umgeschrieben: Anstatt für eine Frau singen wir es für unsere Heimat: «Ich liebe dich, Kongo. Ich kann dir nichts bieten, aber ich werde alles für dich tun.»

«Wir», das sind die AktivistInnen der kongolesischen Bewegung Lucha. Die Abkürzung steht für «Lutte pour le changement» (Kampf für die Veränderung). Nkulula setzt noch einmal ein, mit dem veränderten Text auf Suaehli. Die Liebeserklärung an den Kongo ist ernst gemeint – was keineswegs selbstverständlich ist. «Der kongolesische Staat hat mir noch nie irgendetwas bezahlt, er hat mir nie einen Gefallen getan», sagt der 32-Jährige. «Es ist kaum zu verstehen, dass sich junge Menschen für dieses Land einsetzen, obwohl ihre Regierung fast nichts für sie getan hat.»

Die Gewalt eskaliert

Trotzdem tun Nkulula und die anderen Lucha-AktivistInnen genau das: Sie kämpfen für politische Veränderungen im Kongo, lassen sich für ihr Engagement in Gefängnisse werfen, in denen man kaum Platz zum Sitzen hat und eine Pritsche nur bekommt, wer die Wärter schmiert. Auch Nkulula sass schon hinter Gittern. Warum er das alles auf sich nimmt? «Vielleicht wollen wir nicht, dass künftige Generationen dasselbe durchmachen müssen wie wir. Das war so schmerzhaft, dass wir das keinem anderen wünschen.»

Seit Monaten häufen sich die Proteste im Kongo, weil Präsident Joseph Kabila mit allen Mitteln versucht, sich an der Macht zu halten. Sein Mandat lief im Dezember 2016 aus, spätestens Ende November hätte gewählt werden müssen. Kabila darf laut Verfassung nicht noch einmal antreten. Schnell aber war klar, dass die Regierung die Wahlen verschieben würde. Seitdem eskaliert die Gewalt.

Die Proteste erfassen immer weitere Teile des riesigen Landes. In der Provinz Zentral-Kasaï spitzt sich die Lage zu. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden im Zentrum der DR Kongo in den vergangenen Monaten Hunderte Menschen getötet und über eine Million vertrieben. Der Uno-Menschenrechtsbeauftragte Seid Ra'ad al-Hussein hat den Uno-Menschenrechtsrat aufgefordert, die Menschenrechtsverletzungen im Kongo zu untersuchen, darunter Massenhinrichtungen, den Missbrauch von Kindern als Soldaten und sexuelle Gewalt.

Im März wurden darüber hinaus 39 kongolesische Polizisten in einem Hinterhalt getötet. Ebenfalls in Zentral-Kasaï wurden Mitte März zwei Mitarbeiter der Uno entführt, ihre Leichen wurden zwei Wochen später gefunden.

In den vergangenen Wochen haben die Uno-MitarbeiterInnen ausserdem 42 Massengräber entdeckt, doch die Regierung verhindert eine Untersuchung der dahintersteckenden Verbrechen. Laut den Vereinten Nationen ist die Zahl der Menschenrechtsverletzungen 2016 im Vergleich zum Vorjahr um dreissig Prozent gestiegen. Zwei Drittel dieser Verbrechen werden demnach von staatlichen Sicherheitsorganen begangen, nur ein Drittel von Rebellen und Milizen. Die Konflikte in Zentral-Kasaï und in anderen Provinzen haben lokale Ursachen, verschärfen sich aber wegen des allgemeinen Unmuts über die politische Lage.

Gegen all diese Missstände kämpfen die Lucha-AktivistInnen – und zwar ausschliesslich mit friedlichen Mitteln. Gewalt habe das Elend der Bevölkerung stets nur verschärft, sagen sie. «Ich würde wirklich gerne erleben, dass unsere Justiz eines Tages denjenigen, die ihrer Rechtsprechung unterworfen sind, tatsächlich Gerechtigkeit widerfahren lässt», sagt Nkulula. «Und eines Tages möchte ich sehen, dass die Kongolesen mit Würde behandelt werden.» Heute dagegen habe die Bevölkerung weder Wasser noch Strom, selbst wenn sie für die Anschlüsse bezahle. «Wer Wasser und Strom haben will, muss zusätzlich die Agenten der staatlichen Wasser- und Elektrizitätswerke schmieren. Das ist unwürdig, aberwitzig und ermüdend.»

Mehrfach inhaftiert

Eine der ersten Aktionen von Lucha war im Jahr 2012 eine Kampagne für sauberes Trinkwasser in Goma. Mit Demonstrationen, Sit-ins, Informationsveranstaltungen oder Kampagnen in den sozialen Medien mobilisieren die AktivistInnen gegen Missstände. Lucha fordert so etwa einen Wasseranschluss für jeden Haushalt, bessere Strassen und die von der Verfassung garantierte unentgeltliche Grundschulbildung. Auch für mehr Arbeitsplätze gerade für junge KongolesInnen setzt sich die Bewegung ein: Denn selbst gut ausgebildete Menschen finden im Kongo keine Stelle, die meisten wursteln sich irgendwie durch. Seit dem vergangenen Jahr steht der Widerstand gegen Kabilas verfassungswidrig verlängerte Amtszeit im Vordergrund.

Viele Lucha-Mitglieder sind schon mehrfach inhaftiert worden. Fünfmal sass etwa der Mediziner Serge Kambale ein. Er spricht davon ohne Verbitterung, während er die Narben an seinen Oberarmen zeigt – Überbleibsel der brutalen Fesselung durch die Geheimpolizei. Das bislang letzte Mal wurde Kambale im Februar 2016 mit fünf weiteren Lucha-Mitgliedern verhaftet. Mit dabei war damals auch die 23-jährige Rebecca Kavugho, die Ende März mit dem US-amerikanischen Internationalen Preis für Frauen mit Mut ausgezeichnet wurde. Auch sie wurde schon mehrmals inhaftiert.

Die Bevölkerung hat längst resigniert

Kavugho kommt für das Interview aus dem Lesesaal einer protestantischen Universität in Goma, die Psychologiestudentin bereitet sich gerade auf eine Prüfung vor. Sie trägt ein weisses Shirt mit der grünen Aufschrift «Lucha», was nicht ohne Risiko ist. Doch Kavugho sagt, sie sei entschlossener als jemals zuvor. Und dass dies vor allem das Ergebnis der sechsmonatigen Haft sei, nach ihrer Festnahme im Februar 2016.



Rebecca Kavugho, Lucha-Aktivistin.

Sie seien gerade dabei gewesen, eine Demonstration vorzubereiten und Transparente zu malen, erzählt Kavugho. Um vier Uhr morgens kam die Geheimpolizei und nahm die sechs AktivistInnen mit. Wenige Tage nach ihrer Festnahme verurteilte ein Gericht sie zu zwei Jahren Haft: Sie hätten versucht, zu öffentlichem Ungehorsam aufzuhetzen. Nach einem halben Jahr begnadigte Kabila die Lucha-AktivistInnen. Doch die begnadigten sich, das Gefängnis zu verlassen: Die Begnadigung zeige allein, wie willkürlich im Kongo mit der Gerechtigkeit verfahren werde. Sie wurden schliesslich sechs Monate später mit Polizeigewalt aus dem Gefängnis entfernt.

Die Lucha-AktivistInnen haben nicht nur mit den Repressionen zu kämpfen. Noch schlimmer sei die Resignation der Bevölkerung: Viele glauben nicht mehr daran, dass sich an den Verhältnissen im Land etwas ändern könnte. «Hätten unsere Eltern sich schon aufgelehnt, könnte meine Generation heute ein normales Leben führen», sagt Kavugho. «Stattdessen müssen wir als AktivistInnen jederzeit mit einer erneuten Verhaftung, einer Entführung oder sogar dem Tod rechnen.» – «Dieses Land gehört uns allen», ergänzt Kambale. «Wir sind für unser persönliches Schicksal selbst verantwortlich. Und wir können auch die Zukunft des Kongo beeinflussen.»